

Ein Antragsteller ist inzwischen aus dem Stadtrat ausgeschieden



hallesaale[★]
HÄNDELSTADT

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2014/12620**
Datum: 16.04.2014
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Roland Hildebrandt
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.03.2014	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	13.05.2014	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	15.05.2014	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	20.05.2014	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	21.05.2014	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	28.05.2014	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vorschläge (insbesondere Verbesserung der Vorflut und der Unterhaltung der Gräben und Drainagen) aus der Pilotuntersuchung zu den Ursachen der Vernässung auf dem Dautzsch umzusetzen. Dies bedeutet insbesondere, dass die Stadt Halle einen Folgeantrag aus dem Landesprogramm zur Bekämpfung der Vernässung stellt, um die für den Dautzsch erarbeiteten Empfehlungen zu finanzieren. Hier ist dem Stadtrat bis zum Sommer 2014 entsprechende Beschlussvorschläge zu machen.
2. Auf dem Dautzsch wird eine Informationsveranstaltung abgehalten, die eine Auswertung der Vernässungsbefragung der Betroffenen zum Inhalt hat.

3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass über den Bearbeitungsstand zur Vernässungsbewältigung aktuelle Informationen zur Verfügung stehen und durch die Bürgerschaft eingeholt werden können (www.halle.de, Amtsblatt, Aushänge auf dem Dautzsch etc.)

gez. Hildebrandt
Stadtrat (CDU-Fraktion)

Begründung:

- erfolgt mündlich -



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt

18. März 2014

Sitzung des Stadtrates am 26.03.2014

Betreff: Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) und Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE) zur Vernässung auf dem Dautzsch

Vorlagen-Nummer: V/2014/12620

TOP: 8.4

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Zu den Ziffern 1. – 3. :

Im Ergebnis des Pilotprojektes „Vernässung Dautzsch“ werden verschiedene Lösungsansätze zur Diskussion gestellt, welche die Auswirkungen der Vernässung mindern können. Diese Lösungsvorschläge sind entweder lokal eingeschränkt wirksam oder mit sehr hohem finanziellem Aufwand verbunden. Keiner der Vorschläge betrifft

Umsetzungsmaßnahmen, die in die Zuständigkeit der Stadt fallen. Angesichts des freiwilligen Charakters, der Wirksamkeit der Maßnahmen und der noch ungeklärten erheblichen finanziellen Auswirkungen sollte der Antrag zu diesem Zeitpunkt abgelehnt werden.

Unbenommen dessen wird die Stadt ausgewählte Lösungsvorschläge planerisch vertieft untersuchen lassen und die Planungsleistungen zur Förderung anmelden. Eine Vorlage von Ergebnissen hierzu bis zum Sommer 2014 ist aber unrealistisch. Entsprechend der Förderrichtlinie „Vernässung“ sind die bevorteilten Grundstücks- und Flächeneigentümer bei der Realisierung von Maßnahmen finanziell zu beteiligen. Dieser Sachverhalt ist bei späteren Entscheidungen zu berücksichtigen – ebenso wie die erforderliche Stellungnahme der Kommunalaufsicht zu anfallenden einmaligen und laufenden Kosten im Zusammenhang mit der Realisierung von Maßnahmen gegen Vernässung.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die angezeigten Vernässungs-Probleme auf dem Dautzsch ausschließlich die Bereiche der „Altbebauung“ betreffen. Eine rechtliche Verpflichtung der Kommunen zur „Trockenlegung“ von Kellern ist nicht gegeben.

Bezüglich vorliegender Befragungsergebnisse liegen einerseits Ergebnisse der vom Land erstellten „Erhebungsbögen für Vernässungsschäden“ vor. Diese konnten auf freiwilliger Basis an die Gemeinden gesandt werden. Andererseits erfolgte im Rahmen des Pilotprojektes eine Befragung der Grundstückseigentümer bzw. –nutzer durch das beauftragte Ingenieurbüro zum Zweck der Ermittlung der konkreten Betroffenheit auf den Grundstücken. Die Auswertung ist letztlich in die Gesamtbewertung eingeflossen. Über die Ergebnisse des Pilotprojektes wurde am 14.02.2013 im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und am 12.03.2013 im Ausschuss für Planungsangelegenheiten berichtet. Gerne können sich die Anwohner/Betroffenen bei der Verwaltung über den aktuellen Sachstand informieren – bisher gab es hierzu noch keine Nachfrage.

Sobald die Ergebnisse der vertiefenden Untersuchungen vorliegen, die u.a. ermöglichen sollen, die konkreten Maßnahmen und die anfallenden Kosten näher zu benennen, wird eine intensive Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, um die Effizienz der Maßnahmen (Kosten - Nutzen) gegenüber den finanziell einzubindenden Betroffenen transparent zu kommunizieren.

Uwe Stäglin
Beigeordneter